S 31 R 434/11

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Frankfurt Rentenversicherung

Abteilung 31

Kategorie Gerichtsbescheid

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 31 R 434/11 Datum 28.02.2012

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 KR 243/12 Datum 26.03.2015

3. Instanz

Datum 15.09.2016

Die Klage wird abgewiesen.

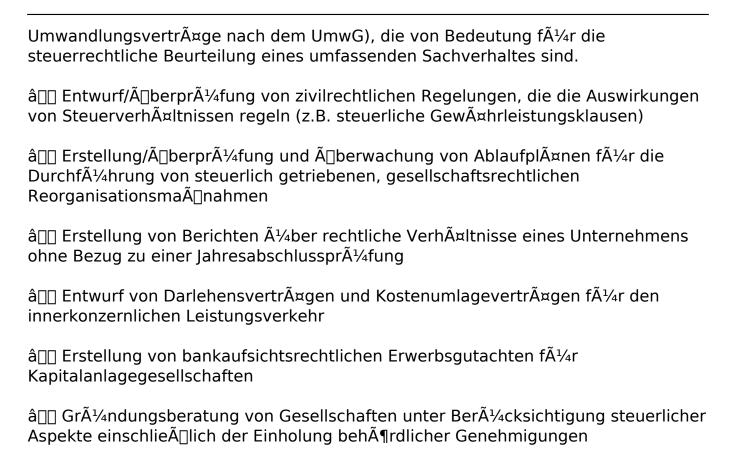
Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist der Anspruch des Kl \tilde{A} ¤gers auf Befreiung von der Rentenversicherungspflicht ab 22.10.2009 f \tilde{A} ½r seine T \tilde{A} ¤tigkeit bei der X AG Wirtschaftspr \tilde{A} ½fungsgesellschaft streitig.

Der 1972 geborene Kläger ist seit 01.12.2008 bei der X AG Wirtschaftsprýfungsgesellschaft angestellt. Die Rechtsanwaltskammer ZL. lieà ihn am 22.10.2009 als Rechtsanwalt zu. Mit Antrag vom 26.10.2009 begehrte der Kläger die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung von der Beklagten. Er legte eine Tätigkeitsbeschreibung seines Arbeitgebers bei, laut der er folgende Tätigkeiten ausübte:

â∏ Entwurf/Ã∏berprüfung von Unternehmungsverträgen (Ergebnisabführungsverträge, Unternehmenskaufverträge,



Mit Bescheid vom 05.01.2010 lehnte die Beklagte den Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht gemäÃ∏ <u>§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI</u> ab mit der Begrýndung, Voraussetzung für die beantragte Befreiung sei die Aufnahme einer versicherungspflichtigen BeschĤftigung, das Bestehen einer Pflichtmitgliedschaft im berufstÄxndischen Versorgungswerk und in der Berufskammer und die Entrichtung einkommensbezogener BeitrĤge an das berufsstĤndische Versorgungswerk. Die Befreiung sei nicht personen- sondern tätigkeitsbezogen, sie könne grundsätzlich nur für eine berufsständische BeschĤftigung oder selbstĤndige TĤtigkeit, auf der die Pflichtmitgliedschaft in der Berufskammer und im berufsstĤndischen Versorgungswerk beruhe und nach deren Arbeitsentgelt einkommensgerechte BeitrĤge an das Versorgungswerk zu zahlen seien ausgesprochen werden. Der KlÄzger sei zwar Pflichtmitglied der Rechtsanwaltskammer und des Versorgungswerkes der RechtsanwÄxlte aufgrund seiner Zulassung als Rechtsanwalt. Er sei jedoch bei seinem Arbeitgeber nicht anwaltlich beschĤftigt. Er sei nicht in der X Rechtsanwaltsgesellschaft sondern in der X AG Wirtschaftsprå¼fungsgesellschaft beschå¤ftigt. Eine anwaltliche BeschÄxftigung scheide hier aus. Eine Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht komme daher nicht in Betracht. Gegen diesen Bescheid wandte sich der KlĤger mit Widerspruch vom 01.02.2010. Er legte dar, die X Rechtsanwaltsgesellschaft mbH sei eine selbstĤndige Gesellschaft, die nicht zum Konzernverbund des Arbeitgebers gehä¶re. Hieraus herzuleiten, er kä¶nne nicht bei seinem Arbeitgeber berufstypisch als Rechtsanwalt beschäuftigt sein gehe jedoch fehl. Er sei nicht im Bereich Wirtschaftsprå¼fung tåxtig. Vielmehr sei er in der Abteilung fÃ¹/₄r Steuerrecht seines Arbeitgebers in der Serviceline "Financial Services Tax" tÃxtig. In dieser Abteilung sei er in solch einer Weise beschÃxftigt, die dem Berufsbild eines Rechtsanwaltes entspreche. Er übe rechtsberatende,

rechtsgestaltende, rechtsentscheidende und rechtsvermittelnde TÄxtigkeiten aus. So umfasse die TAxtigkeit die unabhAxngige und selbstAxndige Bearbeitung und Vermittlung gegenüber den Mandanten des Arbeitgebers. Dies schlieÃ∏e das selbstĤndige Verhandeln mit Mandanten und sonstigen Externen ein. Es sei auch eine wesentliche Teilhabe an Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen beim Unternehmen vorhanden. Ferner verwies der KlAxger auf die 2005 zwischen der Arbeitsgemeinschaft berufsstĤndiger Versorgungseinrichtung e.V. und Vertretern der gesetzlichen Rentenversicherung erzielte Einigung hin, wonach RechtsanwÄxlte, die bei einem nichtanwaltlichen Arbeitgeber beschĤftigt seien, auch weiterhin von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befeit wA¼rden, wenn sie kumulativ rechtsberatend, rechtsentscheidend, rechtsgestaltend und rechtsvermittelnd tÃxtig seien. Er legte dar, sein Arbeitgeber gliedere sich in drei Bereiche, Audit (WirtschaftsprÃ1/4fung), Tax (Steuerrecht) und Advisory (Unternehmensberatung). Er sei im Bereich Tax tÃxtig. Er legte seinen Arbeitsvertrag mit der X vom 25.09.2008 vor. Laut dem wurde er zum 01.12.2008 als fachlicher Mitarbeiter bei dem Bereich Tax Service Lines eingestellt. Die TÃxtigkeit sollte durch Weisungen des Vorstandes und der von diesen beauftragten Personen geregelt werden. Der KlĤger verpflichtete sich, seine ganze Arbeitskraft ausschlie̸lich dem Unternehmen zu widmen. Ferner verpflichtete er sich für den Fall, dass er als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, vereidigter Buchprüfer, Financial Advisor oder Unternehmensberater eine eigene Praxis errichte, nicht Auftraggeber von X zu veranlassen, ihm AuftrĤge zu übertragen. Gleiches sollte gelten für den Ã∏bergang zu einem anderen Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, vereidigten Buchprüfer oder Unternehmensberater bzw. solchen Gesellschaften. Auf Aufforderung der Beklagten legte der KlĤger eine weitere TÃxtigkeitsbeschreibung vom 11.02.2011 vor, die alle vorgenannten Inhalte hatte und zusĤtzlich:

â□ Beratung ausl \tilde{A} \times ndischer Mandanten \tilde{A} $\frac{1}{4}$ ber rechtliche Besonderheiten deutscher Investitionsstrukturen

Am 13.05.2011 erlieà die Beklagte zurückweisenden Widerspruchsbescheid. Zur Begründung legte sie dar, das Befreiungsrecht nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI könne auch Rechtsanwälten zustehen, die bei einem nichtanwaltlichen Arbeitgeber beschäftigt seien, wenn sie dort eine berufsspezifische, dass heiÃ∏t eine für einen Rechtsanwalt typische Berufstätigkeit ausüben würden. Dies sei dann gegeben, wenn sie die vier TÄxtigkeitsfelder Rechtsberatung, Rechtsentscheidung, Rechtsgestaltung und Rechtsvermittlung kumulativ abdecken würden. Es sei stets erforderlich, dass es sich bei den von dem Juristen in den einzelnen TÄxtigkeitsfeldern wahrgenommenen Aufgaben um solche handele, die ausschlie̸lich von einem Rechtsanwalt wahrgenommen werden könnten. Entsprechend sei erforderlich, dass die Stellen- und Funktionsbeschreibung nicht nur die konkrete TÄxtigkeit des Mitarbeiters mĶglichst prÄxzise beschreibe, sondern es sei darüber hinaus schlüssig darzulegen, in welcher Hinsicht es sich bei der Position und der damit verbundenen Aufgabenstellung um eine solche handele, für die die mit dem zweiten juristischen Staatsexamen erlangte BefĤhigung zum Richteramt unabdingbare Voraussetzung sei. Der KlĤger sei

zwar Pflichtmitglied der Rechtsanwaltskammer und des Versorgungswerkes der RechtsanwÄxlte aufgrund seiner Zulassung als Rechtsanwalt. In seinem Fall ergĤbe sich aber aus dem Gesamtbild seiner TĤtigkeit, dass er keine anwaltliche TÃxtigkeit bei seinem Arbeitgeber ausübe. Die von ihm ausgeübte TÃxtigkeit sei nicht als anwaltlich anzusehen, weil diese TAxtigkeit objektiv nicht zwingend die Qualifikation als Volljurist voraussetze. Es sei zwar nicht ausgeschlossen, dass im rechtlichen Bereich der von dem KlAzger ausgeA¼bten TAztigkeit fundierte Kenntnisse im Gesellschaft- und Zivilrecht gefordert wA¼rden. DemgegenA¼ber würde sich aber eine Fülle von Anforderungen unter anderem steuerrechtliche und betriebswirtschaftliche Beratung finden, die von einer juristischen Ausbildung unabhÃxngig seien und keinen Bezug zu einer typischen anwaltlichen TÃxtigkeit aufweisen wÃ1/4rden. Es sei mithin nicht ersichtlich, dass die TÃxtigkeit im Bereich Tax Service Lines nach objektiven Ma̸stäben ausschlieÃ∏lich fþr Juristen mit der BefÄxhigung zum Richteramt zugÄxnglich sei. Wenn aber eine TÄxtigkeit objektiv nicht zwingend eine Qualifikation als Volljurist voraussetze, kA¶nne es sich nicht um eine anwaltliche TAxtigkeit handeln, weil diese AusA¼bung nicht die BefĤhigung zum Richteramt verlange. Darüber hinaus sei die vom Kläger ausgeübte TÃxtigkeit nicht als anwaltlich anzusehen, weil mit dieser TÃxtigkeit keine leitende Funktion mit ausgeprĤgter Entscheidungskompetenz verbunden sei. Hierfür sei es notwendig, dass er durch eine vom Arbeitgeber erteilte Vollmacht befugt sei, seine Tätigkeit gleichermaÃ∏en weisungsfrei wie ein bei einem Rechtsanwalt angestellter Anwalt auszuüben. Nach dem Arbeitsvertrag sei er als fachlicher Mitarbeiter eingesetzt. Als solcher sei er der Leitung des Bereiches unterstellt und er sei damit den Weisungen dieser Leitung unterworfen. Damit unterliege die von ihm ausgeübte TÃxtigkeit dem Prinzip der Ã∏ber- und Unterordnung. Eine leitende Funktion mit ausgeprÄxgter Entscheidungskompetenz habe der KlĤger daher nicht inne. Das Wesen der anwaltlichen TĤtigkeit zeichne sich aber gerade durch eine im Kern weisungsfreie Ausübung aus, wie sie in den vier Kriterien für die Bestimmung einer anwaltlichen Tätigkeit niedergelegt seien. Die Weisungsfreiheit sei insbesondere in den Feldern der Rechtsberatung, Rechtsentscheidung und Rechtsgestaltung unabdingbar und finde sich entsprechend in den Hinweisen für nichtanwaltliche Arbeitgeber zu den Merkmalen einer anwaltlichen TÄxtigkeit etwa in den Formulierungen "die unabhängige Analyse von betriebsrelevanten konkreten Rechtsfragen", "die selbstĤndige Herausarbeitung und Darstellung von LĶsungswegen" wieder, vor allem aber in folgender Formulierung zur Rechtsentscheidung: "Das auà enwirksame Auftreten als rechtskundiger Entscheidungstrà ger verbunden mit einer von Arbeitgeberseite umschriebenen eigenen Entscheidungskompetenz. Neben einer von allen Weisungen unabhĤngigen Alleinentscheidungsbefugnis ist auch eine wesentliche Teilhabe an Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen im Unternehmen ausreichend." Aus den vorgelegten Unterlagen gehe aber weder eine von allen Weisungen unabhÄxngige Alleinentscheidungsbefugnis noch eine wesentliche Teilhabe an Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen hervor. Die rechtsentscheidenden TÄxtigkeiten des KlÄxgers wļrden sich lediglich auf die Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen beschrĤnken. Weitreichende eigene Entscheidungskompetenzen seien daher nicht erkennbar. Da die TÄxtigkeit des KlĤgers nach der Würdigung der Gesamtumstände nicht frei sondern weisungsgebunden ausgeĽbt werde, entspreche diese nicht dem im § 3

Bundesrechtsanwaltsordnung zugrunde gelegtem Bild der freien Berufsübung als Rechtsanwalt. Als weiteres Indiz für das Nichtvorliegen einer anwaltlichen TÃxtigkeit spreche auch, dass ein Mandatsschutz für eine Rechtsanwaltskanzlei nicht bestehe. Als mögliche Konkurrenzunternehmen würden hier zum Beispiel Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater, nicht aber anwaltliche Arbeitgeber aufgeführt. Nach dem Arbeitsvertrag vom 02.10.2008 werde seit dem 01.12.2008 durchgehend dieselbe TÃxtigkeit bei der X AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ausgeübt. Eine wesentliche VerÃxnderung der TÃxtigkeit ab Zulassung zur Anwaltschaft am 22.10.2009 sei im Widerspruchsverfahren weder überzeugend vorgetragen noch in der ergÃxnzenden Stellungs- und Funktionsbeschreibung vom 11.02.2011 belegt worden.

Am 10.06.2011 hat der KlĤger Klage vor dem Sozialgericht Frankfurt am Main erhoben, mit der er weiter die Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht ab 22.10.2009 hinsichtlich seiner TÄxtigkeit bei der X AG Wirtschaftsprå ¼fungsgesellschaft begehrt. Er hat dargelegt, er sei bei seiner Arbeitgeberin berufstypisch als Rechtsanwalt beschäßtigt. Irrtä¼mlich gehe die Beklagte davon aus, dass eine steuerrechtliche/steuerberatende TÃxtigkeit nicht zum Berufsbild eines Rechtsanwaltes gehĶre. Nach § 3 StBerG sei Steuerberatung jedoch nur durch einen Rechtsanwalt, Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer berufsrechtlich zulässig. Es sei auch an die Existenz eines "Fachanwaltes fÃ1/4r Steuerrecht" und eine Vielzahl von auf dem Gebiet des Steuerrechtes arbeitenden Anwaltskanzleien zu erinnern. In seiner konkreten Funktion habe er h\tilde{A}\tilde{\tilde{\tilde{\tilde{A}}}\tilde{\tilde{\tilde{A}}} ufig auch Vorfragen in anderen Rechtsgebieten wie zum Beispiel Gesellschaftsrecht, Bankaufsichtsrecht und Investmentaufsichtsrecht zu bearbeiten. Daraus folge, dass eine konkrete Besetzung der Stelle ausschlie̸lich mit einem Rechtsanwalt mĶglich sei. Zu seinem TĤtigkeitskreis sei anzufļhren, dass er auch Rechtsgutachten zur Beratung von Mandanten erstelle, jedoch nicht ausschlie̸lich. Daneben würden von ihm Verwaltungs- und Einspruchsverfahren vor FinanzbehĶrden und Verfahren vor der Finanzgerichtsbarkeit betrieben. Wie in anderen Groà kanzleien stelle aber auch prà ventive rechtliche und steuerliche Beratung der Mandanten einen Schwerpunkt der TÄxtigkeit dar. Wļrde er seine TÃxtigkeiten in einer Rechtsanwaltsgesellschaft ausüben, wÃxre die anwaltliche TÃxtigkeit vollkommen unbestritten. Er übe diese TÃxtigkeit bei einer Wirtschaftsprýfungsgesellschaft aus, die nach § 3 Nr. 3 StBerG ebenfalls berufsrechtlich zur Steuerberatung befugt sei. Insofern handele es sich bei ihm nicht um einen typischen Syndikusanwalt bei einem nichtanwaltlichen Arbeitgeber, bei dem eine berufstypische AnwaltstÄxtigkeit zweifelhaft sein kĶnne, vielmehr unterscheide sich seine TÄxtigkeit durch nichts von einer vergleichbaren TÄxtigkeit einer Anwaltskanzlei im Steuerrecht. Insbesondere berate er nicht wie ein gewĶhnlicher Syndikusanwalt seinen eigenen Arbeitgeber, sondern Mandanten als Dritte. Ferner kA¶nne eine persA¶nliche Weisungsfreiheit nicht vorausgesetzt werden. Eine solche sei wegen der aus dem ArbeitsverhĤltnis entstehenden Pflichten bei keinem Angestellten gegeben. Auch der bei einem anwaltlichen Arbeitgeber angestellte Rechtsanwalt sei nicht persĶnlich weisungsfrei. Die Beklagte stelle überzogene Anforderungen, in dem sie eine persönliche Weisungsfreiheit von ihm verlange. Diese Ansicht hÃxtte letztlich zur Folge, dass

nur noch selbstĤndige RechtsanwĤlte von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreit werden kA¶nnten. Durch die Regelung des A§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI sollten Doppelzahlungen vermieden werden. Dies treffe auch auf ihn zu. Er habe ihm Moment RentenversicherungsbeitrĤge kumulativ sowohl an die Beklagte als auch an das Versorgungswerk der RechtsanwĤlte im Lande Hessen zu zahlen. Es sei auch nicht erforderlich, dass er bei seiner Arbeitgeberin eine Alleinentscheidungsbefugnis habe. Eine so gro̸e Gesellschaft wie seine Arbeitgeberin sei selbstverstĤndlich intern in Hierarchieebenen gegliedert. Der Gesetzgeber habe vor einiger Zeit die Entscheidung getroffen, auch Rechtsanwaltsgesellschaften und Wirtschaftsprļfungsgesellschaften in Form einer Kapitalgesellschaft als BerufstrĤger zuzulassen. Selbst ein Vorstandsmitglied bzw. GeschĤftsführungsmitglied habe grundsätzlich keine Alleinentscheidungsbefugnis. Somit ergebe sich, dass das geforderte Alleinentscheidungsbefugnismerkmal nicht für eine Rechtsanwaltsgesellschaft bzw. für eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als solche gelten könne, womit es sich nicht mehr als anwaltstypisch darstelle. Die Beklagte fordere hier wiederum eine zusĤtzliche Voraussetzung fļr die Befreiung, die im Gesetz nicht verlangt sei und sogar der gesellschaftsrechtlichen Struktur der gesetzlich anerkannten Rechtsanwaltsgesellschaft bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Form einer Kapitalgesellschaft widerspreche. Allein maÄngebend sei, ob eine berufstypische BetÄxtigung als Rechtsanwalt vorliege. Nur im Rahmen dieser konkreten rechtsanwaltlichen TAxtigkeit mA1/4sse daher eine wesentliche Teilhabe an Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft vorliegen. Es würden auch noch andere Anhaltspunkte dafür sprechen, dass seine Arbeitgeberin ihn als Rechtsanwalt und nicht als untergeordneten Gehilfen beschĤftige. So würden von seiner Arbeitgeberin der jährliche Rechtsanwaltskammerbeitrag erstattet und die Kosten für die vorgeschriebene Berufshaftpflicht übernommen.

Der KlĤger beantragt,

den Bescheid der Deutschen Rentenversicherung Bund vom 05.01.2010 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 13.05.2011 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, ihn von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI hinsichtlich seiner TĤtigkeit bei der X AG WirtschaftsprĽfungsgesellschaft ab dem 22.10.2009 zu befreien, die Kosten des Verfahrens der Beklagten aufzuerlegen, die Hinzuziehung eines BevollmĤchtigten in dem Widerspruchsverfahren als notwendig zu erklĤren.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Die Beigeladene hat keinen eigenen Antrag gestellt.

Die Beklagte hat sich zunĤchst auf ihre Darlegungen in den angefochtenen Bescheiden bezogen und ergĤnzend vorgetragen, dass die vom KlĤger ausgeübte TĤtigkeit nicht als anwaltlich anzusehen sei, weil diese TĤtigkeit objektiv nicht zwingend die Qualifikation als Volljurist voraussetze. Es sei zwar nicht

ausgeschlossen, dass im rechtlichen Bereich der vom KlAzger ausgeA¼bten TÃxtigkeit fundierte Kenntnis- und Zivilgesellschaft für Steuerrecht gefordert wurden. Demgegenüber würden sich aber auch Aufgaben finden, die von einer möglichen Ausbildung unabhängig seien und keinen Bezug zu einer typischen anwaltlichen TÄxtigkeit aufweisen wÄ1/4rden und das GeprÄxge der TÄxtigkeit des Klägers geben würden. Der Kläger erbringe in erster Linie Steuerberatungsleistungen sowie Beratungsleistungen mit engem Bezug zum Handel- und Gesellschaftsrecht gemäÃ∏ dem in § 2 Wirtschaftsprå¼fungsordnung umschriebenen Inhalt der Tåxtigkeit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Es sei nicht dargelegt worden, dass vom Kläger Rechtsdienstleistungen erbracht wýrden, die über den vom § 5 Rechtsdienstleistungsgesetz gesteckten Rahmen hinausgehen würden. Vielmehr dýrften in dem vom Kläger zu bearbeitenden Aufgabenfeld bei der Wirtschaftsprå¼fungsgesellschaft neben Rechtsanwå¤lten und Wirtschaftsprå¼fern auch Steuerberater steuerlich und betriebswirtschaftlich beratend tÄxtig werden. Insofern handele es sich bei der hier zu beurteilenden TÄxtigkeit generell um eine Aufgabe, die zwar auch aber nicht ausschlie̸lich Rechtsanwälten vorbehalten sei. Von einer berufsspezifischen TÄxtigkeit eines im Bereich Steuerberatung tÃxtigen Juristen könne daher grundsÃxtzlich nur dann ausgegangen werden, wenn für die konkrete Tätigkeit das 2. juristischen Staatsexamen abdingbare Voraussetzung sei. Wenn aber eine TÄxtigkeit objektiv nicht zwingend eine Qualifikation als Volljurist voraussetzte, könne es sich nicht um eine anwaltliche TÃxtigkeit handeln, weil diese Ausübung nicht die BefÃxhigung zum Richteramt verlange. Auch führe der Vergleich zu einem bei einem anwaltlichen Arbeitgeber angestellten Rechtsanwalt zu keiner anderen Rechtsauffassung, auch wenn sich die TÄxtigkeiten von RechtsanwÄxlten in Unternehmen und Anwaltskanzleien eventuell in tatsÄxchlicher Hinsicht Äxhneln würden. Eine Vergleichbarkeit sei in rechtlicher Hinsicht im Rahmen des Befreiungsrechtes nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI jedoch nicht gegeben, bei einem anwaltlichen Arbeitgeber sei per se eine berufsspezifische TÄxtigkeit anzunehmen, es sei denn, der Jurist wļrde ausnahmsweise nicht als Rechtsanwalt sondern beispielsweise als Büroleiter beschĤftigt. Bei einem nichtanwaltlichen Arbeitgeber kĶnne demgegenļber nicht ohne weiteres von einer berufsspezifischen BeschĤftigung ausgegangen werden, zumal Juristen aufgrund der Bandbreite ihrer Ausbildung vielseitig einsetzbar seien.

Mit Beschluss vom 20.09.2011 wurde das Versorgungswerk der RechtsanwĤlte des Landes Hessen beigeladen.

Die Verwaltungsakte der Beklagten wurde dem Verfahren beigezogen.

Wegen der weiteren Einzelheiten der SachverhaltsaufklĤrung und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Verwaltungsakte, die Gegenstand der Entscheidung waren, Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Das Gericht konnte vorliegend durch Gerichtsbescheid entscheiden, weil der

Rechtsstreit keine besonderen tatsĤchlichen oder rechtlichen Schwierigkeiten aufweist und das Gericht den Sachverhalt als geklĤrt ansieht.

Die zulÄxssige Klage ist unbegrÄ¹/₄ndet.

Das Gericht folgt der von der Beklagten im Widerspruchsbescheid gegeben Begr \tilde{A}^{1}_{4} ndung und sieht von einer ausf \tilde{A}^{1}_{4} hrlichen Darstellung der Entscheidungsgr \tilde{A}^{1}_{4} nde ab.

Ergänzend ergehen folgende Hinweise:

Eine BefreiungsmĶglichkeit nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI für Pflichtmitglieder eines Rechtsanwaltsversorgungswerkes besteht nur, wenn diese eine berufsspezifische TÄxtigkeit ausļben. Diese umfasst bei einem nichtanwaltlichen Arbeitgeber vier Kriterien, die rechtsberatende, rechtsentscheidende, rechtsgestaltende und rechtsvermittelnde TÄxtigkeit. Wie das HLSG in seiner Entscheidung vom 29.10.2009 (L 8 KR 189/09) zutreffend ausgeführt hat, umfasst die Rechtsberatung die unabhängige Analyse von betriebsrelevanten, konkreten Rechtsfragen, die selbstĤndige Herausarbeitung und Darstellung von LĶsungswegen und LĶsungsmĶglichkeiten vor dem spezifischen betrieblichen Hintergrund und das unabhängige Bewerten der LĶsungsmĶglichkeiten. Der Bereich der Rechtsentscheidung beinhaltet das nach auà en wirksame Auftreten als Entscheidungstrà zger mit eigenstà zndiger Entscheidungskompetenz. Nach den Ausfļhrungen des HLSG, denen sich die Kammer anschlieà t muss eine wesentliche Teilhabe am innerbetrieblichen Entscheidungsprozess erkennbar sein. Diese wesentliche Teilhabe an einem innerbetrieblichen Entscheidungsprozess ist nach den in dem TÄxtigkeitsbeschreibungen Dargelegten nicht deutlich erkennbar. So ist der KlÄxger betraut mit Entwurf und ̸berprüfung von Unternehmensverträgen, zivilrechtlichen Regelungen, die die Auswirkungen von SteuerverhĤltnissen regeln, Erstellen, ̸berprüfung und Ã∏berwachung von Ablaufplänen für die DurchfA¼hrung von steuerlich getriebenen gesellschaftsrechtlichen Organisationsma̸nahmen, Erstellung von Berichten über rechtliche VerhÃxltnisse eines Unternehmens ohne Bezug zu einer Jahresabschlussprüfung sowie mit dem Entwurf von DarlehensvertrĤgen und KostenumlagevertrĤgen, Erstellen von bankaufsichtsrechtlichen Erwerbsgutachten, Beratung auslĤndischer Mandanten und Gründungsberatung von Gesellschaften befasst. Dieser Aufgabenbereich lÄxsst nicht erkennen, wo hier eine wesentliche Teilhabe an einem innerbetrieblichen Entscheidungsprozess liegt. Es handelt sich vielmehr um Tätigkeiten im Vorfeld wie Erstellung von Entwürfen, Ã∏berprüfungen und Beratungen. Eine Entscheidungskompetenz lÄxsst sich der Stellenbeschreibung nicht entnehmen.

In vorzitierter Entscheidung des HLSG (a.a.O.) ist weiter angeführt, dass dem Bereich der Rechtsgestaltung das eigenständige Führen von Vertrags- und Einigungsverhandlungen zuzuordnen ist. Hier ist der Stellenbeschreibung nur zu entnehmen, dass der Kläger beratend tätig wird, der Abschluss wesentlicher

Verpflichtungsverträge für die X gehört nicht zu seinem Aufgabenbereich ebenso wenig wie die Vereinbarung von Personaleinstellungsverträgen, Durchführung von arbeitsrechtlichen MaÃ∏nahmen.

Da der Kl $ilde{A}$ ¤ger den Bereich der Rechtsentscheidung und Rechtsgestaltung nach Vorstehendem nicht abdeckt, eine kumulative Abdeckung aller vier Kriterien der Rechtsberatung, Rechtsentscheidung, Rechtsgestaltung und Rechtsvermittlung erforderlich ist, sind die Voraussetzungen f $ilde{A}$ 1 4r den Anspruch auf Befreiung nach $ilde{A}$ 1 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI vorliegende nicht gegeben.

Die Klage war daher abzuweisen.

Die Kostenentscheidung erfolgt aus <u>§ 193</u> Sozialgerichtsgesetz.

Erstellt am: 04.01.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024